

## »Alternative Einheitsfeier 2018« des OKV e.V. am 3. Oktober 2018

### Begrüßungsrede<sup>1</sup> Dr. Matthias Werner

---

Werte Anwesende, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen!

Ich begrüße Euch im Namen des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden sehr herzlich zu unser „Alternativen Einheitsfeier 2018“. Unserer Protestveranstaltung wider Aller Jubelfeiern, die die offizielle Politik anlässlich des Jahrestages der Vereinnahmung der DDR, wie jedes Jahr veranstalten.

Stellv. für alle verdienstvollen Genossen die an unserer heutigen Veranstaltung teilnehmen begrüße ich herzlich den Kämpfer gegen den Faschismus und Teilnehmer am Großen Vaterländischen Krieg in den Reihen der Roten Armee, unseren Freund und Genossen Prof. Moritz Mebel sowie unseren Freund und Genossen, unseren letzten Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow.

Eine besondere Freude ist es mir eine Abordnung des russischen Veteranenverbandes begrüßen zu können. Unter Ihnen der Enkel des legendären Helden der Sowjetunion „Marschall Tschuikow“ (dem Befreier von Stalingrad)- Nikolai Tschuikow und seine Frau Galina Tschuikova – (er ist Leiter der internationalen Kommission des Russischen Veteranenverbandes) und Alexander Mudragai- stellv. Leiter der internationalen Kommission. - Herzlich willkommen!

Im Anschluss an unsere Veranstaltung findet mit unseren Gästen und den Mitgliedern des Vereins „Friedensbrücke Kriegsopferhilfe e.V.“, die die Verbindung zum Veteranenverband hergestellt haben, ein Gedankenaustausch statt.

Mit der Veröffentlichung des Berichtes der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit wird zum wiederholten Male die tatsächliche Lage der Ostdeutschen Länder schöngeredet. Auf Grund der von allen spürbar nach wie vor nicht gelösten Probleme der sozialen Gerechtigkeit, der Herstellung gleicher Lebensbedingungen in Ost und West kommen sie nicht umhin festzustellen, dass es weiter deutliche Ost – West- Unterschiede gibt.

Die Schuld dafür, und das ist das Perfide, wird vor allem dem Sozialismus in der DDR und damit den ehemaligen Bürgern der DDR gegeben.

Zuerst wird die Industrie der DDR auf Geheiß der westdeutschen Konkurrenten dem Erdboden gleich gemacht und dann wird die nichtvorhandene industrielle Basis im Osten Deutschlands als Ursache für die Unterschiede herausgestellt.

---

<sup>1</sup> Es gilt das gesprochen Wort.

Die Entwürdigung und Verächtlichmachung der Lebensleistung der Menschen im Osten ist seit der Vereinnahmung unserer Heimat politisch gewolltes Programm. Dagegen wehren wir uns.

Wir nehmen das Grundgesetz, welches uns gegen unseren Willen übergestülpt wurde ernst und fordern von der Regierung endlich Paragraf 1 „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ in reale Politik umzusetzen.

Die Würde der Menschen zu schützen beinhaltet in erster Linie das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit der Menschen zu wahren. Dieser Forderung gerecht zu werden heißt für jede Bundesregierung alles für die Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt zu tun.

Erfahrungen in der jüngsten Geschichte können nicht ignoriert werden, wenn wir die Geschehnisse der letzten Wochen einordnen und verstehen wollen. Die Wut, die Menschen in Chemnitz auf die Straße getragen haben, ist nicht auf Rassismus zu reduzieren.

Die Grundlagen dieser Wut, ist ein kapitalistisches System, dass sie seit der Konterrevolution in der DDR in sozialer und politischer Hinsicht zu Menschen zweiter Klasse abgestempelt hat. Ausweitung des Niedriglohns, Lohndumping, Wohnungsmangel vor allem in den Metropolen und weitere Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und breiten Bevölkerungsteilen sind durch die Profitinteressen der Konzerne in diesem Land verursacht.

Sie sind eine Erfahrung der Menschen seit mehreren Jahrzehnten und drücken sich in einer unübersehbaren materiellen und geistigen Verelendung breiter Bevölkerungsteile aus.

Diese imperialistische Großmachtspolitik treibt die Bundesregierung aktiv voran und reiht sich ein in die NATO-Front gegen Länder wie Russland und China, die das ökonomische, politische und militärische Potenzial haben, diesem Weltmachtstreben Grenzen zu setzen.

Wer Kriege gegen andere Länder führt und deutsche Soldaten nach 1945 wieder an der russischen Grenze auflaufen lässt, ist der Verursacher der Spannungen in der Welt, der Verursacher der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft und letztlich der Verursacher der Flüchtlingsströme. Gegen die imperialistische Politik der Regierung Merkel ist deshalb der Hauptstoß einer antifaschistischen Friedenspolitik zu richten.

Dass wir trotz aller erlittenen Niederlagen nicht aufgeben werden beweist u.a. unsere Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen das Rentenüberleitungsabschlussgesetz. Sein Inkrafttreten müssen wir verhindern. Unsere Forderung besteht - Angleichung der Löhne und Renten in Ost und West, sofort. Dafür stehen die Mittel zur Verfügung. Es fehlt der Regierung der politische Wille.

Gerade sind die letzten Klänge der Internationale verklungen. Gleichgültig wo in der Welt diese Melodie erklingt, ob in Europa, Asien, Australien Afrika oder Amerika, für den klassen-

bewussten Teil der Arbeiterklasse in der Welt ist die Internationale die gemeinsame Hymne in den Klassenkämpfen. Das zurzeit in großen Teilen der Arbeiterklasse verschüttete Klassenbewusstsein gilt es wieder zu wecken. Denn:

Es rettet uns kein höheres Wesen,

Kein Gott, kein Kaiser noch Tribun.

Uns aus dem Elend zu erlösen

können wir nur selber tun!

**Stehen wir also auf und erkämpfen eine neue Welt des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit.**